



Regierungsratsbeschluss vom 26. Mai 2015

13.443 Parlamentarische Initiative. SPK-NR. Angemessene Vertretung der Sprachgemeinschaften in einem Bundesrat mit neun Mitgliedern; Eröffnung des Vernehmlassungsverfahrens

P150422

1. Der Regierungsrat genehmigt den vorgelegten Briefentwurf an die Staatspolitische Kommission des Nationalrats.

Begründung

Die parlamentarische Initiative „Angemessene Vertretung der Sprachgemeinschaften in einem Bundesrat mit neun Mitgliedern“ der Staatspolitischen Kommission des Nationalrats (13.443) bezweckt die Änderung der Absätze 1 und 4 von Artikel 175 der Bundesverfassung. Einerseits soll die Anzahl der Bundesratsmitglieder von heute sieben auf neun erhöht werden. Andererseits soll die Formulierung von Absatz 4 betr. Vertretung der unterschiedlichen Landesgegenden und Sprachregionen im Bundesrat so angepasst werden, dass die verschiedenen Sprachfassungen besser übereinstimmen.

Die Staatspolitische Kommission des Nationalrats hat im Rahmen dieser parlamentarischen Initiative mit Schreiben vom 27. März 2015 ein Vernehmlassungsverfahren eröffnet und auch die Kantonsregierungen zur Einreichung einer Stellungnahme eingeladen. Der Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt teilt die Auffassung der Kommissionsminderheit und zeigt sich skeptisch gegenüber den geplanten Neuerungen. Zusammen mit der Kommissionsminderheit spricht er sich daher gegen die Revision von Artikel 175 BV und insbesondere gegen die Erhöhung der Anzahl Mitglieder des Bundesrates aus. Bei der Wahl von Angehörigen unterschiedlicher Landesgegenden und Sprachregionen in den Bundesrat handelt es sich um eine Frage des politischen Willens, was nicht durch eine strukturelle Reform erreicht werden kann. Die Statistik zeigt, dass die sprachlichen Minderheiten – gerade auch mit Blick auf die Vertretung des Kantons Basel-Stadt – sogar überproportional zu ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung im Bundesrat vertreten war. Allfällige Reformbemühungen müssten darauf abzielen, die Funktion des

Regierungsorgans zu stärken. Mit der vorgeschlagenen Lösung wird aber eher eine Zunahme der Departementalisierung befürchtet.

